Kritische KollegInnen reden

KLARTEXT

Im Krankenanstaltenverbund Nr. 70

rso
revolutionär sozialistische organisation

„Wer zahlt schafft an“ – Das System ist korrupt

Kaum jemand wundert sich mehr. Parteien werden von Unternehmen und Reichen gesponsert, damit diese für sie Politik machen. Die Parteien wollen ihre Finanzen nicht offenlegen, Daten werden heimlich geschreddert. Trotzdem wurde zuletzt immer deutlicher, dass die österreichischen PolitikerInnen die Handlanger der Konzerne sind.

In wessen Interesse wird Politik gemacht? Für die ArbeiterInnen, für die Armen, für die kleinen Leute? Wohl nicht.

Novomatik

In Ibiza sagt HC Strache „Novomatic zahlt alle“. Dazu passen die neuesten Vorwürfe, wonach Novomatic einen FPÖ-Funktionär zum Casinos Austria Finanzchef gemacht hat – mit der Aussicht dafür neue Spiellizenzen zu bekommen. Aber auch der mächtige ÖVPler Erwin Pröll soll in der Vergangenheit bei der Regierung interveniert haben, damit Novomatic die Zusagen für neue Casinos bekommt. Ehemaliger SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer war Berater des Glücksspielkonzerns, ehemalige Grünen-Chefin Glawischnig hat direkt von der Politik zu Novomatic gewechselt.

KTM und Porr

KTM-ChefPierer hat über 430.000 Euro an Kurz gespendet. Allein durch die Reduzierung der Unfallversicherungsbeiträge hat das Pierer-Unternehmen mehr Geld zurückbekommen. Zusätzlich fördert das Land Oberösterreich KTM für den Bau der KTM-Motohall noch mit 1,8 Millionen Euro aus der Kulturförderung, also mit Steuergeldern. Für KTM zahlen sich die Spenden jedenfalls aus.

Porr-Großaktionär Ortner hat in den letzten Jahren über eine Million Euro für Kurz gespendet. Er gehört der sogenannten „Tiroler Adlerrunde“ an, die sich unter anderem die Einführung des 12-Stunden-Tags/60-Stunden-Woche gewünscht hat. Gesagt, getan. Mittlerweile wird bereits in einem Drittel der Unternehmen die Arbeitszeit ausgeweitet.

Politik für die Reichen

Die Politik wird für die Reichen und Unternehmen gemacht. Diese können sie sich kaufen, die Kosten lassen sie sich dann rückerstatten. Sind nun alle PolitikerInnen korrumpiert? Wahrscheinlich nicht alle. Die ÖVP und die NEOS stehen offen dazu, auf der Seite der „Wirtschaft“, also gegen die ArbeiterInnen, zu sein. Die FPÖ spaltet mit ihrer Hetze gegen zugewanderte ArbeiterInnen und erleichtert es den Unternehmen ihre Interessen durchzusetzen. Es mag aber auch ehrliche PolitikerInnen geben, die unter dem Druck ihrer ParteikollegInnen, von LobbyistInnen und sogenannten „Sachzwängen“ aufgeben.

Im Kapitalismus sitzen die Bosse meist am längeren Ast. Sie haben das Kapital und das Gesetz ist für sie ausgelegt. Und sie haben sich ein System geschaffen, in dem sie sich immer auf die Konkurrenz zu anderen (ausländischen) Unternehmen ausreden können, wenn sie weniger Steuern oder niedrigere Löhne zahlen wollen.

Politik von ArbeiterInnen

Wir können nicht darauf hoffen, dass irgendwelche kapitalistischen PolitikerInnen ihr Herz für die Arbeitenden entdecken. Selbst wenn, könnten sie nichts ändern. Die Arbeitenden müssen die Sache selbst in die Hand nehmen.

Alle Errungenschaften aus der Vergangenheit, wie die Sozialversicherung, bezahlter Urlaub, oder das Pflegegeld, selbst das allgemeine Wahlrecht wurden durch Bewegungen der ArbeiterInnen erkämpft. Auch heute bekommen wir nichts geschenkt, nur gemeinsam können wir Angriffe auf unseren Lebensstandard abwehren und Verbesserungen erkämpfen.

Dafür wird es auch eine neue ArbeiterInnenpartei brauchen. Eine in der die PolitikerInnen von der Basis gewählt und abgewählt werden können. In der die Funktionäre nicht mehr verdienen als normale ArbeiterInnen. Und deren Arbeit ein Teil des Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem und für eine solidarische Gesellschaft ist, die nach Bedürfnissen statt nach Profiten funktioniert.

Du hast Ideen oder Infos? klartext@sozialismus.net

Kritische KollegInnen reden

KLARTEXT

Im Krankenanstaltenverbund Nr. 70

Unsere Stimme im Krankenhaus

P-Schema

Personalvertretung und Gewerkschaft werben schon lange für das neue P-Schema, das eine adäquate Anpassung des Gehalts für die Übernahme des mitverantwortlichen Bereichs und die gestiegene Verantwortung sein soll. Das angepriesene System sollte angeblich 300 Euro im Monat mehr bringen. Tatsächlich bleibt jetzt aber nicht viel mehr übrig, als bei einer üblichen Lohnerhöhung. Dafür wurde 4 Jahre lang verhandelt und die Gewerkschaft hat es nicht für nötig gefunden die Belegschaft für eine besseres Ergebnis zu mobilisieren?!

Wo ist das Personal?

Es gibt immer mehr offene Stellen in der Pflege und in den Krankenhäusern. Teilweise werden die Stellen nicht oder nur verspätet nachbesetzt – um Geld zu sparen. Mit diesem Unfug muss Schluss sein, sonst werden die verbliebenen KollegInnen auch noch gehen.

Viele KollegInnen machen die Arbeit nur wenige Jahre und versuchen dann vom Wiener KAV wegzukommen: Entweder in ein anderes Bundesland oder in die Schweiz, als LehrerInnen in Pflegeschulen, oder gleich in eine andere die Berufssparte.

Der Job ist weder für bestehendes Personal attraktiv, noch gelingt es überhaupt neue motivierte junge Leute für den Beruf zu begeistern. Harte Arbeit mit zu wenig Zeit für die PatientInnen, Nachtdienste alleine, keine Möglichkeit für Zeitausgleich wegen Unterbesetzung – diese Dinge müssen sich ändern und dafür müssen wir kämpfen.

Steigende Gesundheitskosten – Na und?

Beim Forum-Alpbach präsentierte die Gesundheitsministerin: Bis 2030 werden sich die Ausgaben für den stationären Bereich fast verdoppeln.

Selber Schuld
Diese Entwicklung ist allerdings selbst Resultat vergangener Gesundheitsreformen. Um die Kosten zu senken wurden PatientInnen immer früher aus dem Spital entlassen – mit dem Resultat, dass sie bald wieder zurück waren. Hauptsache die Verweildauer pro Aufenthalt wurde reduziert. Die Kosten hat das allerdings nicht gesenkt, aber die Gesundheitsversorgung verschlechtert. Was wir brauchen ist eine Versorgung nach Bedürfnissen, nicht nach Zahlenvorgaben.

Wer zahlt's?
Wenn die Kosten steigen, weil die Bevölkerung älter wird und moderne medizinische Eingriffe teuer sind, dann ist das erstmal in Ordnung. Die Frage die sich danach stellt: Wer bezahlt dafür? Die Regierung hat zuletzt die Unfallversicherungsbeiträge für die Unternehmen gesenkt, wodurch weniger Geld für den Gesundheitsbereich zur Verfügung steht. Gleichzeitig rufen sie auf sich privat zu versichern, damit die Versicherungen gute Geschäfte mit unserer Gesundheit machen können. Stattdessen müssen wir das Geld für Gesundheit aus den Gewinnen der Unternehmen holen. Denn die machen ihre Profite durch unsere oft krank machende Arbeit. Wenn wir alt und krank werden, wollen sie davon nichts mehr wissen.

Kranke Gesellschaft?
Wenn wir Gesundheitsausgaben nachhaltig senken wollen, brauchen wir ein ganz anderes System. Nämlich keines, das die Menschen krank macht, um sie danach wieder zu kurieren. Wir brauchen eine Gesellschaft, die danach funktioniert den Menschen ein gutes und gesundes Leben zu bieten. Statt Burnout, 60-Stunden-Wochen, gesundheitsschädlichen Bedingungen brauchen wir sinnvolle Jobs, gute Arbeitsbedingungen, Löhne und Pensionen die uns ein abgesichertes Leben ermöglichen und mehr Freizeit.

Die Demonstration am 24. September ist für alle MitarbeiterInnen des Krankenanstaltenverbundes. Es geht dabei nicht nur um einen gerechteren Lohn, sondern besonders um mehr Personal. Damit auch die KollegInnen, die im Dienst sind und die PatientInnen von diesen Anliegen erfahren, startet die Demonstration beim AKH.

Tun wir uns auf den Stationen zusammen und lasst uns gemeinsam mit Schildern und Sprüchen an der Demonstration teilnehmen! Erzählen wir KollegInnen davon, die noch nichts davon wissen. Gemeinsam sind wir stark.

fb.com/klartextkav **www.sozialismus.net**

Impr.: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung